

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

75 (29.3.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk
monatlich 6 Mk., Vorbezug monatlich 6 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 80 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Düps, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einseitige Zeitzeile oder deren Raum 80 Pfg., Reklamezeile
2 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Blattvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezogener keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

nr. 75.

Mittwoch, den 29. März 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

In der heutigen Reichstags-Sitzung gab Reichskanzler Dr. Wirth eine Regierungserklärung ab, in welcher die Forderung einer neuen 60-Milliarden-Steuer als eine völlig unmögliche Bedingung und unmögliche Zustimmung bezeichnet wird.

Die Vorkonferenz hat den Bestand der alliierten Besatzungsarmee am Rhein auch für den Monat April in gleicher Höhe wie bisher festgesetzt.

Der Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Lettland ist in Berlin unterzeichnet worden.

Der Völkerbundrat hat den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebietes über die im Friedensvertrag vorgesehene Vertretung der Saarbevölkerung genehmigt.

In der Schweiz macht sich wegen der Rheinpolitik Frankreich eine steigende Erregung bemerkbar.

Die Entente fordert von Danzig die Rückerstattung der Besatzungskosten in Höhe von 440 Millionen Reichsmark.

Der französische Botschafter Laurent hat Berlin verlassen und wird heute in Paris eintreffen. Dieser Schritt wird allgemein als Rücktritt angenommen.

Die französische Regierung hat im Einverständnis mit der italienischen die Türkei davon in Kenntnis gesetzt, daß keinerlei Hindernisse dafür vorliegen, daß die Türkei nicht an der Konferenz von Genua teilnehmen sollte.

Die Rede des Reichskanzlers. Deutscher Reichstag.

(196. Sitzung.)

Berlin, 28. März.

Am Regierungstisch: Reichskanzler Dr. Wirth, Dr. Rathenau, Bauer, Geisler, Dr. Hermès, Gröner, Brauns, Nöcker und Giesberts. — Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Die Rede des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Wirth weist zunächst darauf hin, daß das Steuerkompromiß erst nach langen Bemühungen zu Stande gekommen ist. Erst allmählich ist es gelungen, in dieser Zeit wirtschaftlicher Unsicherheit zu einer Vereinbarung unter den Parteien zu kommen. Parteipolitische und wirtschaftliche Rücksichten mußten dabei zurückgestellt werden. Die Parteien, die von rechts und links das Kompromiß ablehnen, haben nicht nur an den 14 Steuerentwürfen mitgewirkt, sondern auch für Schaffung der Zwangsanleihe, die dem Reich eine Zulatzzeichnung im Wert von 1 Milliarde Reichsmark sichert, wovon der größte Teil noch die Last des Jahres 1922 tragen soll. Durch diese politische Innenpolitik sollen die auswärtigen Beziehungen gefördert werden. Durch diese treibenden Elemente, wurde eine gemeinsame Arbeit der Parteien erzielt. Das Steuerkompromiß ist daher ein wesentlicher Bestandteil unserer Außenpolitik. Wird das Steuerkompromiß gestört, so wird auch die auswärtige Politik beeinträchtigt. Eine Störung unserer Politik ist durch die Note der Reparationskommission vom 21. März und das Schreiben an den Reichskanzler erfolgt.

Dies ist es, was die Regierung veranlaßt, heute wieder mit einer Erklärung vor das Parlament zu treten. Die beiden Noten der Reparationskommission sind die Entscheidung auf das Stundungsgesuch, welches die Regierung am 14. Dezember v. J. an die Reparationskommission richtete und auf unsere Note vom 28. Januar, in der der Reparationskommission das Verlangen um Stundung begründet wurde. Dieses Stundungsgesuch vom 14. Dezember war die Folge jenes Schrittes, den wir bei der Bank von England unternommen hatten, um für die für Januar und Februar fälligen Zahlungen, die wir aus eigenen Mitteln nicht leisten konnten, einen Kredit zu erhalten. Die Bank von England erklärte, sie könne Deutschland einen Kredit nicht gewähren so lange es unter den Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatums stehe. Im Anschluß daran fanden Besprechungen mit dem Minister Dr. Rathenau statt, die dann zu dem Londoner Protokoll führten.

Es wurde nun eine vorläufige Entscheidung getroffen, die unsere Zahlungen auf 31 Millionen Goldmark reduzierte und gewisse Garantien und Erklärungen verlangte, die auch gegeben wurden.

Der Reichskanzler bespricht dann die Entscheidung der Reparationskommission. Es werden statt der Barzahlungen Gold, die nach dem Londoner Zahlungsplan für 1922 3 1/2 Milliarden betragen sollten, Barzahlungen im Gesam-

betrag von 720 Millionen Goldmark aufgestellt. Damit müßten wir rechnen. Ebenso wären wir auf die Befreiung der Zahlungen gefaßt, die insgesamt für 1922 1450 Millionen Goldmark betragen sollen. Wir müßten also in diesem neuen Zahlungsplan ziffernmäßig eine Erleichterung erblicken, wenn nicht die ganze Geltung des Abkommens an die Frist bis zum 31. Mai gebunden wäre; denn dann will die Reparationskommission prüfen, ob der provisorische Aufschub bestätigt oder für unwirksam zu erklären ist. Für den letzteren Fall will sie die vorher geschätzten Summen innerhalb 14 Tagen anfordern. (Lachen und Gelächter.) Darin kann eine praktische Laie nicht erblickt werden. (Zustimmung.)

Der Reichskanzler führte dann weiter aus, die ernstlichen Erfüllungsbereitungen Deutschlands würden in keiner Weise berührt. Ueber die Forderung einer neuen 60-Milliarden-Steuer könne er kurz und bestimmt feststellen, daß dies eine völlig unmögliche Bedingung sei. Ein Moratorium hätte die deutsche Salva stabilisieren können. Die Note der Reparationskommission habe das Gegenteil bewirkt und mit ihrem unvermeidlichen Sturz der deutschen Mark den Gesamthaushalt über den Haufen geworfen. Der Reichskanzler verwahrte sich auch in ganz entschiedener Weise gegen die beabsichtigten Eingriffe in die Form- und Kontrollmaßnahmen und kennzeichnete diese als schändlich und gänzlich unproduktiv sowie als Verletzung der deutschen Souveränitätsrechte. Weder im Friedensschluß noch im Londoner Ultimatum sei davon gesprochen worden, daß der Reparationskommission derartige Vorrechte eingeräumt werden könnten. Die Reichsverwaltung gehe nicht verschweigen, daß der Reichspräsident und die gesamten Minister weniger als 2 Entente-Generale. Der von der Reparationskommission vorgeschlagene Weg sei für die deutsche Regierung nicht gangbar. Die Erfüllung der Reparationspflicht könne nur mit Hilfe einer anderen Anleihe ermöglicht werden, die sich zu den eigenen Anstrengungen gesellen müßte. Durch Noten der Reparationskommission, wie die letzte, werde der Wunsch des Weltkapitals, sich an einer irischen Anleihe zu beteiligen, illusorisch gemacht. Für einen engeren Zeitraum müßte Deutschland eine wirtschaftliche und finanzpolitische Freiheit gewährt werden. Die deutschen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse änderten aber die Bornehme einer solchen medizinischen Maßnahme, wie sie in der Ausschreibung von 60 Milliarden neuer Steuern von uns verlangt werden, nicht. Auch in dieser Stunde sei er nicht ganz ohne Hoffnung, er könne sich nicht denken, daß man leichfertiger den Wiederaufbau des Weltfriedens gefährden wolle, denn mit dem Wiederaufbau sei Deutschlands Verbindung eng verbunden. Die Ausführungen des Kanzlers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 28. März. Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Maßgebende Londoner Stellen sind der Meinung, daß infolge einer gewissen Unklarheit in Deutschland durch die Note der Wiederherstellungskommission schwerwiegende Mißverständnisse, wie über die Steuerlasten und die Kontrolle, entstanden sind. Auch die Engländer halten angesichts der deutschen Wiederherstellungspflichtungen und des Ausfuhrertrages den im deutschen Haushalt errechneten Ueberschuß von 16 Milliarden im ordentlichen Plan für zu gering. In dieser Hinsicht wird folgendes als Sinn der Wiederherstellungsnote betrachtet: Zwar wird jedenfalls im Entschädigungsvoranschlag ein Fehlbetrag bestehen bleiben, der durch innere oder äußere Anleihen gedeckt werden muß (wobei zu bemerken ist, daß ein Kredit zur Zahlung für 1922 nicht als ausichtslos gilt), aber die Wiederherstellungskommission glaubt, daß dieser Fehlbetrag im Entschädigungsvoranschlag durch Vermehrung des ordentlichen Steuerertrags wesentlich verkleinert werden könne. Die Wiederherstellungskommission verlangt deshalb einen nur 60 Milliarden bzw. bis zum Jahresende einen um 40 Milliarden höheren Steuerertrag im ordentlichen Haushalt. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß auf die gesamte Last des Steuerkompromisses einschließlich der Zwangsanleihe neue 60 Milliarden gestürzt werden sollen. Die Londoner Auslegung ändert zwar wenig an der Befürchtung, daß die Verbündeten unsere Leistungsfähigkeit weit überschätzen, aber ein wesentlicher Unterschied gegenüber der bisherigen Auslegung ist offensichtlich. Noch wichtiger ist ein zweiter Punkt: London sieht es als entscheidend an, daß die von den französischen Extremisten geforderte sofortige Einmischung in die deutsche Verwaltung gerade nicht stattfinden wird, vielmehr solle Deutschland in zwei kommenden Monaten, in die übrigens die Genua-Konferenz fällt, ohne derartige Einmischung selbst überlegen und vorschlagen, wie es weiterhin Reformen ausbauen wolle. Dann erst würde die Wiederherstellungskommission prüfen und den Verbündeten-Regierungen berichten. Bis dahin komme lediglich eine Kenntnisnahme des Materials, des Verfahrens und Mitberaters in Betracht, was auch in Deutschlands Interesse liege. Uebrigens könne bedingter Aufschub bewilligt werden, und Deutschland werde

nicht ultimativ vor die Frage, Ablehnen oder Annehmen, gestellt, sondern aufgefordert, in bestimmtem Sinne zu überlegen und zu handeln, wofür ein Zeitraum bis Ende Mai zur Verfügung steht.

Berlin, 29. März. Die Vorname der dritten Beratung der Steuerentwürfe ist für Donnerstag in Aussicht genommen. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die am Dienstag beginnende große politische Aussprache schon am Mittwoch ihr Ende finden wird. In dieser Aussprache wird von jeder Partei nur ein Redner das Wort ergreifen.

Berlin, 28. März. Die „Post. Ztg.“ meldet aus Oberschlesien, daß Generaldirektor Hilger von der König- und Laurahütte, der vor einigen Tagen aus dem Berg- und Hüttenmännischen Verein ausgeschieden ist, sich an den Verband der polnischen Eisenhüttenwerke in Warschau gewandt haben soll mit der Bitte um Aufnahme in diesen polnischen industriellen Verband. Auf dieses Ansuchen soll ihm vom Warschauer Verband eine Absage erteilt worden sein.

Breslau, 29. März. Eine Vertrauensmännerversammlung der ober-schlesischen katholischen Volkspartei (Zentrum), die unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten und Pfarrers Miska in Neustadt tagte, nahm in einer längeren Entscheidung Stellung zu der Frage der ober-schlesischen Landesautonomie. Die Resolution betont, daß die Abstimmung über die Autonomie stattfinden muß und daß die Partei die Rede des preussischen Ministerpräsidenten Braun bedauert. Die Zentrumspartei hält an ihren während der Abstimmungszeit in Oberschlesien gegebenen Versprechungen fest und setzt sich für die Durchführung der Autonomie ein, um gegen die früheren Ungerechtigkeiten in Oberschlesien Sicherungen zu erhalten und um die Reichstreue zu fördern.

München, 28. März. Vor einiger Zeit ist der demokratische Landtagsabgeordnete Dr. Hammerichmidt wegen einer Versammlungsrede in Neustadt vom französischen Militärgericht unter Nichtachtung der Abgeordnetenimmunität zu einer hohen Geldstrafe verurteilt worden. Nach Mitteilung des Ministeriums des Innern an den Verfassungsausschuß des Landtags hat das deutsche Außenamt durch den Botschafter in Paris gegen das Urteil Einspruch erhoben und diesen ersucht, Maßnahmen zu treffen, daß solche Vorkommnisse vermieden werden und daß die Zurückzahlung der Geldstrafe erfolgt. Wegen ähnlicher Fälle wird das Außenamt noch die einzelnen Schritte unternehmen.

Landau, 29. März. Die französischen Militärbehörden haben in Landau, Balldheim und einigen Nachbarorten dieser Tage Hausdurchsuchungen bei verschiedenen Vereinsvorständen und auch eine Anzahl Verhaftungen von Vereinsmitgliedern vorgenommen. Die Verhafteten werden beschuldigt, Komplote zur Bekämpfung der französischen Truppen geschmiebelt zu haben.

Ausland.

Basel, 28. März. Die internationale Rheinkonferenz ist statt auf den 25. April bereits auf den 8. April zu ihrer Tagung nach Strassburg einberufen worden. Sie wird die Revision der Mannheimer Schifffahrtsakte von 1868 behandeln.

Die schweizerisch-badische Rheinkonferenz, die letzte Woche in Basel tagte, hat bezüglich der Bodensee-Regelung und der Fortführung der Schifffahrt von Basel bis zum Bodensee sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt.

Genf, 28. März. Ueber den jetzigen Stand der deutsch-polnischen Verhandlungen gibt der Generalsekretär der deutsch-polnischen Konferenz in der Presse eine Darstellung, die als irreführend bezeichnet werden muß. Er erklärt, daß entgegen den in der Presse erscheinenden Veröffentlichungen die deutsch-polnischen Verhandlungen normalerweise gemäß dem Programm Calonders fortgesetzt würden. Die lange Dauer der Verhandlungen werde verursacht durch die Schwierigkeiten der Auffstellung und der Abfassung des französischen Textes, der den endgültigen Wortlaut des Vertrages darstellen soll. Dieser Schritt habe es Calonder möglich gemacht, seine scheidrichterliche Entscheidung aufzuschieben, um den beiden Parteien die Möglichkeit zu Einigungsversuchen zu geben. Diese Methode habe gute Ergebnisse gezeitigt. Von 11 strittigen Punkten sei am 13. März nur noch 1 Punkt strittig verblieben, nämlich die Frage der Liquidation der deutschen Güter. Nachdem in der öffentlichen Sitzung vom 23. März die Ansicht der beiden Parteien über diese Frage klar gestellt wurde, sei Calonder geneigt mit seiner Entscheidung beschäftigt, die bald zu erwarten sein werde, falls sein Vermittlungsversuch inzwischen nicht zu einer direkten Verständigung geführt haben sollte. Herr Dizonki sowohl wie Herr Schiffer, die vorübergehend berufen seien, hielten sich zu diesem Zweck dem Präsidenten zur Verfügung.

Paris, 28. März. Der Oberkommandierende der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein, General Allen, ist in Paris eingetroffen, um mit dem amerikanischen Botschafter Merrid und dem amerikanischen Vertreter in der Reparationskommission, Boddey, die

Frage des Rückzugs sämtlicher amerikanischer Truppen am Rhein zu besprechen. Vielleicht steht die Pariser Reise des Generals damit in Zusammenhang, daß die Entente-Regierungen bei der amerikanischen Regierung vorstellig werden sollen, um den Rückzug der Amerikaner vom Rhein zu verhindern.

Paris, 27. März. Der Völkerratsrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Frage der russischen Flüchtlinge behandelt. Es wurde beschlossen, alle Regierungen aufzufordern, durch kostenloses Ausstellen von Identitätszeugnissen und Erteilung von Gratisvisen den Abbruch nach Ägypten und den Inseln Zypern und Malta zu erleichtern, um Dr. Kansen in seiner Aufgabe zu unterstützen, in dem sie zur Verproviantierung das notwendige Verkehrsmaterial zur Verfügung stellen. Der englische Abgeordnete erklärte, daß seine Regierung bereits 10 000 Pfund Sterling zur Beteiligung bereitstellte. Oberst Proctor, der in Konstantinopel die Hilfsaktion leitet, erklärte, daß Dr. Kansen bis jetzt genügend Mittel zugestellt worden seien, um wenigstens bis 1. Juni 12 000 Flüchtlinge unterzubringen.

Paris, 27. März. „Exchange Telegraph“ verbreitet die Nachricht, daß Lenin sehr krank sei, und daß man im Hinblick auf seinen möglichen Tod die Bolschewistenführer zu einer Besprechung der Lage nach Moskau berufen habe. Der „New York Herald“ veröffentlicht ein Interview mit Lenin, in dem ebenfalls gesagt wird, daß sein Gesundheitszustand sehr bedenklich sei, daß aber seine Energie und seine Tatkraft nicht darunter gelitten hätten.

Paris, 28. März. Nach Informationen aus gut unterrichteten politischen Kreisen wird am Freitag in der französischen Kammer die Generaldiskussion über den Washingtoner Vertrag beginnen. Die französische Kammer wird voraussichtlich von sich aus bestimmte Vorbehalte bezüglich dieses Problems machen. Die Vorbehalte werden hauptsächlich folgende sein:

1. Frankreich bindet sich nicht mehr als die Vereinigten Staaten;
2. Frankreich behält sich das Recht vor, genügend Unterseeboote zum Schutz seiner Schiffe zu bauen;
3. Eine neue Konferenz über den Gebrauch von Unterseebooten soll den Begriff der Rauffahrtsschiffe und Abwehrmaßnahmen genauer präzisieren;
4. Ein wirtschaftliches Provisorium für China wird das Verhältnis der Signarmächte auf wirtschaftlichem Gebiet mit China besonders deutlich machen.

Lausanne, 28. März. Eine der ältesten Kaufmännischen Banken, die Bankfirma Dubois Freres, Kommanditgesellschaft, hat infolge Berentungen ihres Verwalters und Kapitalpekulationen ihre Zahlungen eingestellt.

Belgrad, 28. März. Der Ministerrat sagte den Entschluß, die Unabhängigkeit Albaniens sowie die jetzige Regierung Albaniens anzuerkennen.

London, 28. März. In den gegenwärtigen Unterhausungen kommt ein großes Interesse für die Genua-Konferenz zum Ausdruck. Chamberlain erklärte auf eine Anfrage, daß die Regierung am nächsten Montag, an dem Tage, an dem Lloyd George seine große Rede halten will, vollständig Auskunft geben werde. Lord Bentinck fragte: Wozu dient eine Erörterung der Valutafragen in Genua, wenn man das Reparationsproblem und die Friedensverträge von der Konferenz ausschließt. Eine zweite Anfrage lautete, wozu Lloyd George nach Genua ginge, wenn die Reparationskommission die Beschleierung Europas sabotiere? Die Regierung antwortete auf beide Fragen nicht.

London, 28. März. Wie verlautet, findet die beabsichtigte zweite Konferenz der alliierten Finanzminister vorerst nicht statt. Als Grund wird Zeitmangel wegen der Konferenz von Genua angegeben.

Newport, 28. März. Laut „Frankf. Ztg.“ sagt der gewöhnlich verlässliche Washingtoner Korrespondent der „Tribüne“, Harding sei über die Note der Reparationskommission höchst beunruhigt. Er befürchtet, daß ihre Auswirkungen die europäische Wirtschaft weiter zerrütten und damit eine schwere Schädigung der amerikanischen Ausfuhr nach sich ziehen werde.

Schlusssitzung der Sachverständigenkonferenz.

London, 29. März. Die Sachverständigen halten heute ihre Schlusssitzung ab. Gestern wurde die Festlegung der englischen Vorschläge für die großen wirtschaftlichen Probleme sowie für bestimmte Transportfragen in Zentraleuropa beendet. Darauf wurde der Wortlaut der verschiedenen Vorschläge für die übrigen Probleme (Liquidation der russischen Schulden, Konferenz von Genua usw.) festgesetzt. Im Fall der Annahme der Vorschläge der Londoner Sachverständigenkonferenz durch die fünf Mächte wird wahrscheinlich die italienische Regierung sie allen in Genua vertretenen Mächten zur Kenntnisnahme unterbreiten. — In der Kreditfrage haben die Erörterungen wie verlautet zu einer Einigung geführt. Allgemein wurde die Auffassung vertreten, daß die Länder, wenn sie Kredite gebrauchen, bereit sein müssen, Sicherheiten zu bieten. — Im Laufe der Besprechungen über die Frage der russischen Schulden beendeten die Sachverständigen die Notwendigkeit, daß den Zeichnern der russischen Anleihe volle Entschädigung gewährt werden müsse. Ein Teil der Sachverständigen wünschte, daß die Gesamtheit der russischen Staatseinnahmen zur Deckung der Anleihe herangezogen werden soll. Andere traten dafür ein, daß nur ein bestimmter, genau zu bestimmender Teil der russischen Staatseinnahmen hierfür verwendet werden solle. Die französische Regierung vertrat den letztgenannten Standpunkt, die englische Regierung den erstgenannten Standpunkt. Da aber eine Einigung nicht zustande kam, wurde beschlossen, die Entscheidung den Regierungen zu überlassen.

Badischer Landtag.

Fortsetzung der Landwirtschaftsdebatte im Landtag.

Karlsruhe, 28. März. Am Dienstag nachmittag wurde die Landwirtschaftsdebatte fortgesetzt. Hierbei befaßte sich Abg. Engelhardt (Ztr.) mit verschiedenen Fragen des Weinbaus und Abg. Großhans (Soz.) besprach eingehend die Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Land, die er daraus ableitete, daß die Städte die Verhältnisse auf dem Lande und die Landbevölkerung diejenigen in den Städten nicht richtig erkennen. — Abg. Schön (Dem.) legte anhand von Zahlen das Ueberwiegen der kleinstädtischen Betriebe in Baden dar und verwies darauf, wie sich unsere Lage dadurch, daß wir Grenzland sind, fortgesetzt verschärft hat. Karlsruhe ist a. B. teurer als Berlin, Hamburg, Leipzig, Köln und Essen. Daran sei aber die Landwirtschaft nicht schuld, sondern die Miete hänge mit dem Saluaciel zusammen. Es sei unmöglich mit der Getreidemenge und der Niederhaltung des Getreidepreises der Entwertung der Mark Einhalt tun zu können.

Minister Kemmele erwiderte auf die verschiedenen in der Ansprache der letzten Tage vorgebrachten Wünsche und Beschwerden. Er erklärte, die badische Regierung sei mit den süddeutschen Regierungen eifrig bestrebt gewesen, bei der Reichsregierung eine bessere Belieferung mit Kunstdünger und eine Fradtermäßigung zu erreichen. In der letzten Zeit sei denn auch eine Besserung in der Düngemittelversorgung eingetreten. Die Annahme, die Tabakbaufläche sei in den letzten Jahren gestiegen, sei irrig. Das Gegenteil sei der Fall, denn die Tabakbaufläche sei um 500 Hektar zurückgegangen. Beim Rindviehbestand sei eine leichte Besserung eingetreten. Der Minister besprach darauf eingehend unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, die Entwertung der Mark, und den Druck der Reparationskommission. Während in Deutschland die Gehälter und Löhne fortgesetzt in die Höhe kletterten, seien im Ausland die Lohnreduzierungen ein. Der soad. Antrag laut teilweise Einföhrung der Zwangsversicherung habe gar keine Möglichkeit, die Dinge zu bessern. Wir würden gar nicht in der Lage sein, die Dinge nach altem Muster wieder einzurichten. Der Widerstand wäre zu groß. Der Minister wandte sich dann gegen die Vorwürfe, die Regierung tue nichts gegen die Schieber und gegen das Präferieren in gewissen Kreisen. Aus der Geschichte müsse jeder wissen, daß jeder verlorenen Krieg solche Erbindungen nach sich ziehe. Die Landwirtschaft könne überzeugt sein, daß die Regierung allen ihren Wünschen Geltung zu verschaffen lude, aber die Landwirtschaft dürfe auch nicht vergessen, daß sie ein Teil unseres Volkes ist. Wenn es lunderbunt in den Städten zugehe, dann gehe es auch lunderbunt auf dem Lande zu, auf das wir einen großen Teil unserer Kraft haben. Mit der Bitte sich vom Standpunkt der Agitation frei zu machen, schloß der Minister.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Karlsruhe, 28. März. Dem Landtag sind in den letzten Tagen wieder zahlreiche Gesuche zugegangen, die die Befolgungsordnung und das Disziplinarverfahren zum Gegenstand haben. Darunter befindet sich ein Gesuch des Bad. Beamtenbundes über die Einführung der Hafen- und Dammteiner. Der Geschäftsführer des Badischen Städtebundes hat ein Gesuch über die Aenderung des Jagdgesetzes eingebracht.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 28. März. Das Finanzgericht beim Landesfinanzamt Karlsruhe wird am 1. April 1922 seine Tätigkeit aufnehmen. Es ist dem Landesfinanzamt Karlsruhe (Moltkestr. 2) angegliedert. Zur Zuständigkeit des Finanzgerichts gehört die Entscheidung über Berufungen gegen die Bescheide der Finanzämter über Einprüfungen gegen Steuerbescheide und diesen gleichgestellte Bescheide in Bezug- und Verkehrssteuerachen. Die Entscheidung über diese Berufungen geht daher mit 1. April 1922 von dem Landesfinanzamt, Abteilung für Besiz- und Verkehrssteuern auf das Finanzgericht über. Zur Entscheidung über die Anfechtung von Steuerbescheiden und dergl. aus dem Gebiet der Zölle und Verbrauchsabgaben bleibt dagegen das Landesfinanzamt, Abteilung für Zölle und Verbrauchssteuern, zuständig. Ueber die Bescheide gegen andere Verfügungen der Finanzämter und Hauptzollämter, sowie ihrer Hilfsstellen als Steuerbescheide und dergl. entscheidet nach wie vor die zuständige Abteilung des Landesfinanzamtes. Eine Ausnahme gilt jedoch für Bescheide gegen Arrestanordnungen der Finanzämter und Hauptzollämter; über diese entscheidet künftig das Finanzgericht. Das Finanzgericht besteht aus einem Vorsitzenden und 12 ständigen Mitgliedern, sowie aus 80 ehrenamtlichen Mitgliedern, die zur Hälfte vom Landtag, zur anderen Hälfte von den berufsbildenden Betretungen des Landes gewählt sind. Bei dem Finanzgericht sind vier Kammern gebildet und zwar entscheidet die Kammer I über Berufungen in Besitzsteuerachen aus dem Bezirk des Finanzamtes Bittl und den nördlich davon gelegenen Finanzamtsbezirken mit Ausnahme der Finanzamtsbezirke Karlsruhe-Stadt und Karlsruhe-Land. Die Kammer II entscheidet über Berufungen in Besitzsteuerachen aus den übrigen Finanzamtsbezirken des Landes, die Kammer III über Berufungen in Umsatzsteuerachen und die Kammer IV über Berufungen in Erbschafts- und Verkehrssteuerachen, sowie über alle Beschwerden gegen Arrestanordnungen.

Karlsruhe, 28. März. Gestern nachmittag ist ein Raubüberfall auf den Ausläufer Fritz Burger, nach beinahe zehnjähriger Kriegsgefangenschaft aus Avignon zurückgekehrt. Er war seitherzeit von den Franzosen wegen Diebstahls zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Stähle war zuletzt Otmann der Avignongefangenen.

Borsheim, 28. März. Die weitere Untersuchung in dem angeblichen Raubüberfall auf den Ausläufer Fritz Burger hat die schon mitgeteilte Vermutung bestätigt, daß die ganze Sache Schwindel ist. Der Ausläufer Burger und sein Schwager Groß wollten sich mit Hilfe des erdichteten Ueberfalls in den Besitz der 100 000 M. setzen. Sie hatten den Betrag in einer Schachtel bei einem Freund des Groß niedergelegt. Bis auf 200 M. ist der Gesamtbetrag wieder beigebbracht worden.

Kastatt, 28. März. Von der Kriminalpolizei in Köln sind bei seinerzeit in der Schlosskirche geraubten Steine von den Reliquien des Hl. Theodor und der Hl. Theodora hierher geschickt und von der hiesigen Kriminalpolizei der Schlossbauverwaltung wieder zurückgegeben worden. Es sind sämtliche gestohlene Steine wieder beigebbracht.

Durmersheim (bei Kastatt), 28. März. Vorgehen vormittag entgleiten auf der hiesigen Station beim Rangieren drei Wagen eines Güterzugs und sperrten sämtliche Gleise. Der Personenverkehr mußte durch Umfahrungen aufrecht erhalten werden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen, dagegen ist der Materialschaden erheblich.

Baden-Baden, 28. März. Im Oberhof der hiesigen Pension Jäger brach Feuer aus, das in Abwesenheit der Gäste bald einen größeren Umfang annahm und einen Teil des Dachstocks völlig einäscherte. — Frau Klara Seiden, die kürzlich in Newyork den Berliner

Der Triumph des Lebens.

Roman von Pola Steta.

(Nachdruck verboten.)

Er war mit einem gewaltigen Sage bei ihr, wredie an ihr emporkam, legte ihr die schwarzen Blüten auf die Schultern, leckte ihre Hände. Und über ihn hinweg warf sich das schlanke blasse Mädchen in die ausgestreckten Frauenarme.

„Irene! Irene! Endlich kommst du zurück!“

„Ist denn dein geliebtes kleines Mädchen?“

Sie küßte das Kind wieder und wieder. Sie streichelte den Knebel, der sich vor Freude nicht zu halten wußte, der immer noch wimmelte und sich an sie drängte. Und sie drückte das zitternde Kind fest, fest an sich, leckte sich wieder, nahm das große Mädchen auf ihren Schoß, als sei es noch das kleine Dingelchen von einst und küßte dem Kinde die Tränen aus den Augen.

„Irene, warum hast du mich so schrecklich lange allein gelassen?“

„Ich konnte nicht früher kommen, mein Herz!“

„Und nun?“

„Nun bin ich bei dir, Mädchen.“

„Und bleibst bei mir, Irene?“

„Bald komme ich ganz und für immer zu dir. Mein Liebes, mein Kleines, und du hast mich loggleich erkannt?“

„Irene, und habe dich angeschaut. Und habe mich so nach dir gelehnt, oft! Und Bava hat auch fast täglich dein Bild angesehen und hat dann so tief geseufzt. Weißt er, daß du kommst?“

„Er denkt es stielleicht.“

„Da ist er! Bava, Irene ist gekommen!“

Horch Volkmer war eingetreten. Das Mädchen hatte ihn mit der Meldung empfangen, daß eine fremde Dame gekommen und zu Irischen ins Zimmer gegangen sei. Da war er von einer ippischen Abnung erfüllt eingetreten.

Nun hing Irischen jubelnd an seinem Hals und die

künftige Mutter seines Kindes streckte ihm beide Hände entgegen. In ihren großen Augen schimmerten Tränen.

„Du weinst, Irene?“

„Vor Glück“, flüsterte sie.

„Und du bist zu mir gekommen?“

„Ja, ich kam, um Irischen wiederzusehen. Und um dir zu sagen, daß nun nichts mehr uns trennt. Ich bin frei!“

Sie gab ihm den Brief ihres Mannes. Horst Volkmer las ihn in tiefer Bewegung.

Dann zog er ihren Arm durch den seinen, führte sie aus Irischens Zimmer hinaus nach vorn in sein Reich.

„Wir werden die Wohnung natürlich aufgeben, Irene, uns irgendwo draußen im Grünen ein hübsches Häuschen bauen. Bald, bald! Ach, Irene, es ist fast zu viel des Glückes.“

Sie ging wie im Traum durch die Räume und die Schatten der Vergangenheit senkten sich wieder über ihre Blicke. Er sah es wohl. Auch er war sehr ernst.

Am Flügel blieb sie stehen, dachte der Zeiten, als sie hier so oft gelesen, so oft geliebt. Sie öffnete den Deckel, schlug einige Akkorde an, sang dann mit leiser, ganz leiser Stimme:

„Wenn du es mächtest, wenn du es wüßtest, wenn du lebstest mit mir!“

Er riß sie in seine Arme.

„Irene! Mein Glück! Du! Du! Nun hat das Leben triumphiert über alle bösen Gewalten! Nun hat die Liebe gesiegt!“

Sie sah ihn in hingebungsvoller Zärtlichkeit an.

„Ja“, flüsterte sie, „denn sie ist stärker als der Tod!“

— Ende —

Vermischtes.

Spaniens einstufige Reichthum. Als das Ministerium Dato sich der ippischen Kammer vorstellte, sprach ein Abgeordneter davon, daß Spanien einst das reichste Land der

Welt gewesen sei und seine Schätze durch unglückliche Kriege und durch Intrigen derelichen Nacht verloren habe, die Spanien in das große Elferingen verwickeln wolle. In der Tat, Spanien war einst das reichste Land des Reichthums. Zu Ende des 16. und in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts sah man in vielen Familien Spaniens so viele goldene und silberne Geschätze, wie gegenwärtig wohl kaum in der Silberkammer eines fürstlichen Hauses zu finden sein dürften. Man hielt sich damals für arm, wenn man nicht 80 Duzend silberne Teller und 250 Schüsseln aus edlem Metalle besaß. Um das zu verstehen, muß man bedenken, welche ungeheure Masse von Gold und Silber durch die Entdeckung von Peru und Mexiko nach Spanien eingeführt wurde. Nach dem Register von Sevilla gingen von 1519 bis 1617 in Spanien 1336 Millionen Goldminen ein. Die Münzen in Mexiko zum Beispiel lieferte lange Zeit hindurch jedes Jahr etwa fünf Millionen in Gold und zehn Millionen in Silber an den spanischen Hof.

Ein Duell in Venedig. In betref der geistigen Bildung stehen die grämändlichen Eskimos beträchtlich höher als ihre Stammesverwandten im übrigen Nordamerika und die Polarvölker von Norbafien. Ihre natürliche Mauerheit spricht sich oft in Tänzen und Gesängen aus; vorausweise begehnen sie, damit die Rückkehr der Sonne nach der langen Winternacht, kann somit dieser Tag als ein religiöses Fest angesehen werden, so wählen ihn die Eskimos auch gern, um poetische Zweikämpfe aufzuführen, durch welche nach einer nur ihnen eigentümlichen Sitte Beleidigungen unter ihnen ausgeglichen werden. Der Verletzte fordert nämlich in einer eigens dafür angelegten öffentlichen Versammlung seinen Widersacher durch einen Gesang heraus, in dem er denselben möglichst herabzuheben und lächerlich zu machen sucht. Der Angegriffene bleibt die Antwort nicht schuldig und beide fingen so lange hin und her, bis einer von ihnen nach dem Urteil der Anwesenden überwunden ist. Der Sieger erhalt dadurch das Recht, sich von dem Eigentum des Widersachers das Beste anzuweigen und dem Besiegten wird von allen verachtet und verpöttelet.

Kammerfänger Josef W. Schwarz betratete, wird nach amtlichen Mittern nicht in h. nach Baden-Baden zurückkehren.

Konstanz, 28. März. Von unbekanntem Durschen wurde in einer der letzten Nächte das Denkmal Kaiser Wilhelm I. zerstört. Mit einer Eisenkugel wurde der Kopf des Denkmals vom Kumpfe getrennt.

Heidelberg, 28. März. Die vorgestrige Haus- und Straßensammlung für die Altershilfe erbrachte einen Ertrag von rund 109 000 Mark.

Manheim, 28. März. Der Bürgerausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung der Erhöhung der Fremdensteuer, die bei Tagespreisen über 30 Mk. 10 Prozent, über 50 Mark 15 Prozent und über 75 Mk. 20 Prozent betragen soll, zugestimmt. Weiterhin bewilligte der Bürgerausschuß 500 000 Mk. für die Kleinrentnerfürsorge. Ein Antrag der Deutschen Nationalen, diese Summe auf 1 Million zu erhöhen, wurde abgelehnt. Schließlich wurde noch der neue Tarif der Straßenbahn, die für das Rechnungsjahr 1922 mit einem Fehlbetrag von etwas über 2 1/2 Mill. Mk. abschließt, genehmigt.

Mülheim, 28. März. Wie aus Halle a. S. berichtet wird, fand dort eine außerordentliche Generalversammlung des zum Verbundverband gehörigen Kaiserlichen Reichsverbandes statt, in der die Anträge auf Erhöhung des Aktienkapitals um 43 Millionen Mark Stammaktien und 6,5 Millionen Mark Vorzugsaktien genehmigt wurden. Bei der Begründung der Kapitalerhöhung führte der Vorsitzende, Kaufmann Kurze, aus, daß das badische Unternehmen in der Presse abfällig kritisiert worden sei, daß aber im Gegensatz hierzu die Ausichten sehr günstig seien. Das Kapitalerhöhung erstreckt sich über eine Fläche von 30 Millionen Quadratmetern und das Förderungsresultat sei vorzüglicher Qualität, sodaß auf die höchsten Quotenquoten gerechnet werden könne.

Freiburg, 28. März. Aus Kreisen des Mittelstands hat sich ein Bürgerpartei gebildet, das zur bevorstehenden Oberbürgermeisterwahl Stellung nimmt und fordert, daß der Wähler des Oberbürgermeisters öffentlich ausgesprochen werden und daß die in Frage kommende Persönlichkeit von keiner Partei abhängig ist.

Aus Stadt und Bezirk.

Durlach, 29. März. Herr Staatspräsident Hummel, der den Besprechungen der deutschen Ministerpräsidenten in Berlin über die Note der Reparationskommission anwesend hat, wird morgen Donnerstag abend im Gasthaus „zur Blume“ auf Einladung des Demokratischen Vereins hier in der von diesem veranstalteten Parteiverammlung über die politische Lage sprechen. Wie wir erfahren, haben zu dieser Versammlung, die durch die Anwesenheit der übrigen dem Landtagsabgeordneten in der Ansprache zweifellos interessiert werden wird, auch Nichtmitglieder als Gäste Zutritt.

Durlach, 29. März. Der Frauenverein Durlach hält am Donnerstag, den 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im „Höten Löwen“ hier seine Hauptversammlung ab. Angehts der gemeinnützigen Zwecke, die der Verein verfolgt, wäre ein möglichst zahlreicher Besuch dringend zu wünschen. Nicht nur den Mitgliedern des Vereins, sondern allen Frauen Durlachs möchte es Pflicht sein, zu erscheinen. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten soll ein gemütlicher Kaffee die Anwesenden noch ein Stundenlang geistlich vereinen. Näheres im Anzeigenteil dieses Blattes.

Die Erhöhung der Posttarife. Die Nachricht, daß mit einer Erhöhung der Posttarife zum 1. Mai zu rechnen sei, wird von zuständigen Stellen als unzutreffend bezeichnet, ebenso wie die weiter daran geknüpften Angaben über die Erhöhung einzelner Tarife. Die Verhandlungen darüber sind keineswegs abgeschlossen. Vor dem 1. Juli wird voraussichtlich eine Erhöhung der Tarife nicht in Kraft treten.

Der neue Frachtbrief. In den Frachtbriefmütern werden die Worte unter der Überschrift Frachtbrief demnächst geändert. Namentlich im Verkehr mit Ostpreußen kann dann das seitherige Frachtbriefmuster nicht mehr verwendet werden. Es empfiehlt sich, den Bedarf an Frachtbriefen nur für einige Monate zu decken.

Anlösung von Reichsstellen. Die Reichsstelle für Spritzette, sowie die Reichsstelle für Zement werden mit Ablauf dieses Monats aufgelöst.

Vermischtes.

18 Millionen Schaden bei der Löwenbräueri in München. Die gestrige polizeiliche Besichtigung der Brandstelle der Löwenbräueri ergab keinen Beweis dafür, daß es sich um Brandstiftung handelte. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf 16-18 Millionen Mark.

Wieviel Kraftwagen gibt es in Deutschland? Nach der neuesten Statistik, die in der „Anschau“ mitgeteilt wird, hat sich die Zahl der Kraftwagen im Jahre 1921 außerordentlich vermehrt, während der Bestand an Personenkraftwagen und Motorfahrzeugen erst ungefähr die Vorkriegshöhe erreichte. Die Zunahme an Kraftwagen beträgt gegenüber dem Bestand von 1914 nicht weniger als 235 Prozent. Von den Personenkraftwagen dienen 8172 dem öffentlichen Verkehr als Droschken und Omnibusse, 4034 sind im Dienst öffentlicher Behörden und 48 760 sind für berufliche und sonstige Zwecke.

Zur Rettung der Gutenberg-Bibel erlassen der Deutsche Buchgewerbeverein, der Börsenverein der Deutschen Buchhändler, der Deutsche Buchdruckerverein und der Deutsche Verein für Buchwesen und Schrifttum einen gemeinsamen Aufruf, in dem es heißt: Die 42-zeilige Bibel Gutenbergs, dieses wunderbare Werk des Erfinders der Buchdruckerkunst, das bisher den größten Stolz des Deutschen Buchmuseums zu Leipzig gebildet hat und wegen seiner außerordentlichen Seltenheit zu den größten Kostbarkeiten deutschen Besitzes gehört, ist in Gefahr, nach dem Auslande verkauft zu werden. Die riesenhaften Steigerungen der persönlichen und sachlichen Ausgaben macht es unmöglich, das Deutsche Buchmuseum weiterzuführen, so daß mit dem Verkauf dieses wertvollsten Stückes gerechnet werden muß, falls nicht weitere Hilfe kommt. Das Deutsche Reich und der sächsischen Staat haben ihre bisherigen Beiträge bedeutend erhöht, auch deutsche Künstler haben eine Rettungsaktion für die Erhaltung der Bibel eingeleitet. All das reicht aber nicht zu, um das Deutsche Buchmuseum lebensfähig zu erhalten. Die

Zahl der Mitglieder muß erhöht werden und kann erhöht werden, wenn alle Kreise Deutschlands, die es vermögen, sich zur Mitgliedschaft entschließen. So wenden sich die Unterzeichneten, ehe zum äußersten geschritten wird, besonders auch an alle buchhändlerischen und buchgewerblichen Kreise mit der Bitte: ein jeder werde Mitglied und helfe dadurch unserem deutschen Vaterlande eines seiner stolze Werke erhalten! — Beiträge erbitten wir unter Postfach Leipzig, Nr. 63 545, Deutsches Museum für Buch und Schrift. Der Mindestbeitrag beträgt 25 Mk. Erhöhte Jahresbeiträge oder einmalige Stiftungen sind besonders erwünscht.

Ein Jubiläum der Spandauer Gewehrfabrik. Die im Jahre 1722 von den Spandauer Bürgern Eblittgerber und Daum gegründete Gewehrfabrik kann auf ihr 200jähriges Bestehen zurückblicken. Das Unternehmen ist von einer kleinen Fabrik, die nur eine ganz kleine Menge von Waffen für das Heer liefern konnte, zu einem unserer größten Industrie-Unternehmen emporgewachsen, das ein Areal von 1852 Morgen (ein Drittel des ganzen heutigen Spandau) beansprucht und 71 282 Arbeitern Beschäftigung gibt. Die Fabriken sind nach vollständiger Umstellung ihrer ursprünglichen Aufgabe, der Waffenfabrikation, in Betriebe vermandelt worden, die friedlicher Arbeit dienen.

Der Kampf um den Tod. Anscheinend in einem Wahnsinnsanfall, stürzte sich kürzlich der fünfzigjährige Arbeiter Giuseppe Gabucci aus Frosinone in Italien aus dem von Ventimiglia nach Frankreich führenden Zuge. Er rollte die Böschung herab auf die Schienen, wurde aber vom Auge weggeschleudert, ohne Verletzungen zu erleiden. Der harthäufige Selbstmörder raffte sich jedoch auf und warf sich auf neue auf die Schienen, auch diesmal ohne den Tod zu finden. Der Zug wurde zum Stehen gebracht, und der Unglückliche, der diesmal die Beine und einen Arm gebrochen hatte und aus Wunden am Kopfe blutete, dem Krankenhaus zugeführt.

Erfolg deutscher Arbeit auf der Wiener Messe. Hinsichtlich der Ergebnisse des Messengeschäftes wird in den beteiligten Kreisen noch immer große Zurückhaltung gezeigt. Die Auskünfte lauten zwar ziemlich optimistisch, doch wird vielfach daran nicht geglaubt. Man schreibt den schlechteren Abfahrl dem Umstande zu, daß die österreichischen Preise den Weltmarktpreis schon überschritten haben. Das sei eine Folge der hohen Arbeiterlöhne, durch die die österreichische Industrie nicht mehr konkurrenzfähig sei. Es wird eine ganze Reihe von Waren genannt, bei denen die österreichischen Preise weit höher sind als die deutschen. Deutschland soll auf maßlosem Gebiet sehr große Abfahrl erzielt haben, vor allem auch in Nähmaschinen. Oesterreich hat, wie vorausgesetzt, hinsichtlich der Luxuswaren gut abgekommen. Auf diesem Gebiet ist Wien noch ohne Konkurrenz. Dieser Zweig der Messe sollte daher in Zukunft weit stärker besichtigt werden, während man auf anderen Gebieten sich vor unnützen Ausgaben hüten sollte. Der Erfolg der vorjährigen Herbstmesse scheint tatsächlich nur ein vorübergehender gewesen zu sein und sich aus der damaligen günstigen Konjunktur für Oesterreich zu erklären.

Die dreißig Silberdollars des Judas. Die Amerikaner, die ja bekanntlich an der diesjährigen Aufführung der Oberammergauer Passionsspiele das regste Interesse nehmen, zerbrechen sich ihre Köpfe darüber, woher denn Judas seine 30 Silberlinge kriegen wird, da es nach ihrer Ansicht in Deutschland schwer halten würde, bei der Herrschaft des Papiergeldes noch 30 Silbermünzen aufzutreiben. Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, haben daher amerikanische Freunde dem Darsteller des Christus, Anton Lang, angeboten, sie würden für diese 30 Silberdollars zur Verfügung stellen. Sie wünschen also, daß Judas in Dollars bezahlt wird, wahrscheinlich weil sie ihm seinen Lohn in „starker Valuta“ gönnen. Die Oberammergauer haben aber dieses großzügige Angebot abgelehnt, und es ist interessant, wie Anton Lang diesen Verzicht auf die Dollars begründet. „Wir halten es nicht für richtig, dieses Geld zu nehmen“, sagte er, einem Berichterstatter des Blattes. „Sie wissen, wie man in Europa heutzutage gegenüber dem Dollar empfindet. Gibt es doch Leute, die sagen, man könne bei dem gegenwärtigen Stande des Dollars für dieses Geld alles kaufen, selbst Seelen. Wenn wir 30 Silberdollars benutzen würden, wie wir früher 30 deutsche Silbermünzen verwendeten, so würde das zu endlosem Gerede Anlaß geben. Die deutschen Münzen, die wir das letzte Mal 1910 als Lohn des Judas benutzten, sind längst ausgegeben, um Brot zu kaufen. Ich fürchte, wir werden in Stanoldpapier eingewickelte Goldstücke verwenden müssen, denn unter den Dörsenbenutzern dürften keine Silbermünzen aufzutreiben sein.“

Die Haft des Großstäders als Todesurkunde. Ein anschauliches Bild von dem Leben des heutigen Neuhorsers ist in einem Bericht des Gesundheitskommissars dieser Stadt enthalten, der die Zunahme von Todesfällen infolge von Herzschlag gegenüber dem letzten Jahre zu erklären sucht. „Er ist stets auf dem Trab“, sagt der Bericht, „vom Aufstehen bis zum Schlafengehen hegt er sich ab. Er eilt die Treppen der Untergrundbahn hinauf, immer zwei Treppen auf einmal. Die Transportmittel sind so überfüllt, daß er bei drei Fahrten höchstens einmal einen Sitzplatz erwischt. Er ist nervös, auch wenn er ausruhen kann. Er verschlingt seine Mahlzeiten in aller Hast, und wenn er spät abends nach einer langen Fahrt in der Untergrundbahn gerade zur Zeit des ärgsten Andrangs bei Theaterstück heimkommt, so hat er den Tag über auch nicht einen Augenblick Ruhe gehabt.“ Die Zahl von Todesfällen infolge von Herzschlag ist in der Stadt Neuhors am 11. 364 im Jahre 1920 auf 12 008 im Jahre 1921 gestiegen. Dies ist bei weitem die stärkste Zunahme, die eine einzelne Todesart erfahren hat, und umso auffälliger, als im übrigen der Gesundheitszustand der Neuhorsers sehr gut ist und die Sterblichkeitszahl für 1921 eine der niedrigsten war seit Bestehen der Stadt.

Ein Drama auf dem Züdersee. Ein furchtbarer Vorgang ereignete sich auf dem Züdersee, das die Verbindung zwischen Genemünden und den nächstgelegenen kleinen Inseln im Züdersee herstellt. Bei schwerem Sturm befand sich die Fähre im Kampferand mit zwölf Passagieren, als sie plötzlich zu sinken begann. Das Wasser drang ein, alles flüchtete auf das höher gelegene Deck, doch war jede Rettung unmöglich. Das Fährschiff sank schnell und riß Passagiere und Besatzung mit in die Tiefe. Niemand kam mit dem Leben davon. Bisher sind fünf Leichen ge-

borgen worden, darunter die der Frau des Wargemeisters te Belde; nach den anderen wird noch gesucht. Das Unglück war vom Lande aus beobachtet worden, ohne daß es möglich war, rechtzeitig Hilfe zu bringen.

Erhöht Kaffee die Leistungsfähigkeit? Die allgemeine Ansicht, daß Kaffee als Reizmittel wirkt, ist durchaus nicht unbestritten. Es gibt sogar Leute, die behaupten, daß sie nach Kaffeegenuß müde werden; dem stehen freilich zahlreiche widerprechende Erfahrungen entgegen. Sorgfältige Versuche haben wiederholt nachgewiesen, daß der Kaffee die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit beeinflusst. Allerdings kann darüber keine allgemeine gültige Regel aufgestellt werden. Doch gilt daß bei den meisten Menschen das Koffein, das im Kaffee enthaltene Alkaloid, wirklich als Reizmittel wirkt. Der Glaube an die erfrischenden und belebenden Eigenschaften von Tee und Kaffee ist daher durchaus gerechtfertigt. Koffein ist als Bestandteil des Kaffees das, was der Alkohol im Wein ist. Wie dort gilt auch hier, daß es Konstitutionen gibt die der regelmäßigen eintretenden Reizwirkung nicht unterliegen. Bei den meisten Personen aber ist der Einfluß des Kaffeegenusses deutlich zu erkennen. Der Puls ist merkbar beschleunigt, die Tätigkeit der Nieren und der Haut erhöht. In großen Mengen kann der Kaffee gesteigerte Herzstätigkeit hervorrufen, und die Verdauung verlangsamen. Wer daher an Verdauungsstörungen leidet, soll schwarzen Kaffee nach dem Essen vermeiden und auch keinen Kaffee trinken, der einen hohen Prozentsatz von Cichorie enthält. Kaffee als Arzneimittel ist als Gegengift bei gewissen Vergiftungen angebracht, auch bei akuter Alkoholvergiftung. Der gewohnheitsmäßige Genuß von Kaffee ist für das Nervensystem und die Verdauungsorgane weniger gefährlich als der Tee. Der Kaffee enthält nämlich weniger Tannin und wirkt daher nicht in gleichem Maße lähmend auf die Verdauung. Dagegen zeigt sich die Wirkung des Kaffees auf Gehirn und Nervensystem häufig in Schlafstörungen und wirklicher Schlaflosigkeit. Die Spanier legen allerdings zu lachen, wenn man ihnen das jagt, und meinen, ihr ganzes Volk müßte dann aus Schlaflosen bestehen. Dieser Einwand beweist aber deshalb nichts, weil die gewohnheitsmäßigen Kaffeetrinker, wie es die Spanier in hohem Grade sind, eben gegenüber diesen Wirkungen des Kaffeegenusses eine gewisse Unempfindlichkeit gewinnen. Die Gefahr liegt vielmehr im gelegentlichen Kaffeetrinken kurz vor dem Schlafengehen. Trotzdem ist ein Zweifel, daß auch der fortgesetzte übermäßige Kaffeegenuß auf die Verdauung und die Nerven schädigend einwirkt. Der Komponist Donizetti, der während ein paar Arbeitsstunden 15 Tassen schwarzen Kaffees zu trinken pflegte, litt schließlich an schwerer Koffeinvergiftung. Im allgemeinen sind aber Koffeinvergiftungen selbst in den Ländern, die den Kaffee in großen Mengen konsumieren, seltener zu beobachten, als die schädlichen Wirkungen des Tee-genusses bei den dem Tee sehr erathenen Vätern.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 28. März 340,40 Mark.
Wienmarkt Karlsruhe, 27. März. Zufuhr: 203 Stück und zwar 34 Ochsen, 11 Bullen, 15 Kühe, 25 Färjen, 9 Kälber, 109 Schweine. Es wurde bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht: Ochsen erste Sorte 2000 bis 2100, zweite 1900-2000, dritte 1800-1900, vierte 1700-1800; Bullen erste 1800-1900, zweite 1700 bis 1800, dritte 1600-1700; Kühe und Färjen erste 2000-2150, zweite 1900-2000, dritte 1900-2000, vierte 1750-1900, fünfte 1000-1200; Kälber dritte 1950-2000, vierte 1900-1950, fünfte 1800-1900; Schweine 240-300 Pfd. 2300-2400 Mk., 200-240 Pfd. 2200-2300 Mk., 160-200 Pfd. 2100-2200 Mk., 160 Pfd. 2000-2100 Mk., Sauen 1900-2000 Mk. Bemerkungen: Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz des Marktes: langsam. Markt nicht geräumt.

Die neue Frühjahrsmode.

Wenn die warme Sonne auf den Wintermantel scheint, ist es Zeit, an die Frühjahrsmode zu denken. Die moderne Mode wird kurz sein und der Gürtel ist wieder in Gnade aufgenommen. Man wird unter den kurzen Jacken viel tiefergegrütete finden, Jacken mit mehr oder minder engem Schos und hohem, offenen Kragen, in deren Ausschnitt die bunte Bluse oder Weste sichtbar wird. Jacken mit und ohne Taschen, offen und geschlossen zu tragen, mit Vorneln, die sich nach unten zur Manschette oder Stulpe beträchtlich erweitern oder glatt mit besonders reichem Aufputz bleiben. Dazu ein etwas längerer, nicht allzu enger Rock, der manchmal sogar offen wie eine ungeschlagene Schürze gearbeitet ist und das bequeme Ausstreiten fördert. Im lebe aber noch viele andere Straßenanzüge mit etwas längerer, feinerer, runderer Jacke, rubiger, solider und doch modern. Jacken mit tiefergehendem Kragen oder Schaltragen, ohne Gürtel, mit einem Knopf geschlossen.

Es gibt auch wieder viel Mantelkleider aus dunkelblauen und sandfarbigen Wollstoffen mit Treppen- und Soutacheputz in schlichter, gerader Form, mit länger fallenden Ueberkleidern und tief getheiltem Gürtel.

Für elegantere Kleider zu Besuchen wird das Kleid mit den neuen, weiten Vorneln Trumpf sein. Diese Vornel sind oben ziemlich eng, unten aber weit und offen, mit zwei- und dreifachen Volants. Sie sind gebauscht und zur schmalen Manschette eingegangen, aus luftigem, dünnen Stoff oder aus Spitze, in anderer Farbe als das Kleid selbst, verziert mit schmalen Säumchen oder kunstvoller Handarbeit. Das Leibchen mit dem tief gerückten Gürtel ist ein wenig anliegender und ein ziemlich kalterreicher, recht langer Rock schließt sich daran. Der längere Rock ist endlich da und bei der Wahl der Frühjahrsgarderobe nicht mehr zu umgehen. Ueberlassen wir doch die kurzen Kleider den jungen Mädchen.

Nur zum Sport ist der Rock noch immer kurz, oft blüffert. Eine moderne Schlupfbluse, ein Jumper, ist seine reizende Ergänzung. Dieser Anzug wird bald klassisch sein, wie der schlichte Gürtelmantel, der jetzt gern mit aufgesetzten Knopftaschen gearbeitet wird.

Ich sehe noch Vieles, Vieles in den neuen Modellen. Ihnen entnahm ich diese kleine Uebersicht über die Frühjahrsmode und überlasse es den Leserinnen, die Fälle der Modelle und Schnittmuster dort gründlich zu studieren. Die Modellen sind in den großen Kaufhäusern und in Buchhandlungen erhältlich. Auch vom Verlag Müllein, Berlin SW. 68, können sie bezogen werden.

Mutmaßliches Wetter.

Der Luftdruck steigt langsam wieder an, doch sind die Störungen noch nicht ganz überwunden. Am Donnerstag und Freitag ist wieder aufkeimerndes, zeitweilig aber noch bedecktes und etwas milderes Wetter zu erwarten.

